

# Notenbanken oder Währungsamt – Wer soll das Geld in Umlauf setzen?

Von HELMUT CREUTZ



Die vielschichtigen Probleme unserer Volkswirtschaften, die Überschuldungen der öffentlichen Haushalte, die zunehmenden sozialen Spannungen usw. hängen im Wesentlichen damit zusammen, dass

- die Zinssätze nicht im Gleichschritt mit den Sättigungen auf den Märkten gegen Null heruntergehen,
- in Folge der hoch bleibenden Zinssätze die „Selbstalimentation der Geldvermögen“ (BBK) beschleunigt zunimmt,
- die Volkswirtschaft, zur Rückführung dieser sich vermehrenden Geldvermögen in den Wirtschaftskreislauf, zu immer größeren Verschuldungen gezwungen ist,
- die mit den Schulden verbundenen Zinsströme wachsende Einkommens-Umverteilungen von der Arbeit zum Besitz auslösen und sich damit die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet,
- die hieraus resultierenden sozialen Spannungen unsere demokratische Gesellschaft zunehmend auseinander zu sprengen drohen.

• Aus dieser Auflistung ergibt sich, dass man zur Lösung dieser Problemfelder im monetären Bereich ansetzen muss. Damit verbunden stellt sich dann die Frage nach der Rolle der Institutionen, die für diesen monetären Bereich verantwortlich sind, also den Banken und vor allem den Notenbanken. So wird manchmal die Auffassung vertreten, dass diese Probleme durch eine Verlagerung der Geldausgabe von den heutigen Notenbanken auf eine staatliche Behörde abzubauen wären. Dabei bezieht man sich meist auf Silvio Gesell, der vor rund hundert Jahren für die Ausgabe des Geldes ein staatliches Währungsamt vorgeschlagen hat. Einmal weil er diese Geldausgabe mit Recht als eine staatliche Aufgabe betrachtete und

sie deshalb den damals als private Aktiengesellschaften organisierten und an Rendite orientierten Notenbanken entziehen wollte. Außerdem vertrat er die Auffassung, dass dieses Währungsamt die Geldmenge alleine über den Preisindex steuern und mit Bankgeschäften nichts mehr zu tun haben sollte.

## Was ist die Aufgabe einer Notenbank oder eines Währungsamtes?

Hauptaufgabe einer Institution, die das Recht zur Geldausgabe hat, ist die Versorgung der Wirtschaft mit einer ausreichenden Menge an Zahlungsmitteln. » » »

Dabei soll diese Geldversorgung das Wachstum der Wirtschaft weder beschleunigen noch verlangsamen. Die zweite wichtige Aufgabe eines Geld ausgebenden Instituts ist die Aufrechterhaltung der Kaufkraftstabilität des Geldes, damit dieses Zahlungsmittel Geld, als wichtigster Maßstab in der Wirtschaft, ähnlich geeicht ist wie alle anderen gebräuchlichen Maßstäbe.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist es erforderlich, dass diese Institute unabhängig von der Politik ihre Entscheidungen treffen können und instrumental in der Lage sind, das ausgegebene Geld im Umlauf und damit mengenmäßig im Griff zu halten. Diese Forderungen sind heute bereits weitgehend in den Gesetzen für die Notenbanken festgelegt. Außerdem sind die heutigen Notenbanken, (die im Grunde, ähnlich wie die Spielbanken, mit den wirklichen Banken nur noch wenig zu tun haben), in den meisten Fällen bereits öffentliche Einrichtungen. Das zeigt sich vor allem daran, dass die für sie geltenden Gesetze von der Öffentlichkeit bzw. den Regierungen ebenso festgesetzt werden wie die Besetzung ihrer leitenden Posten. Ebenfalls ist in den meisten Fällen abgesichert, dass die erwirtschafteten Gewinne an den Staat fließen, selbst dann, wenn diese Notenbanken auf Aktienbasis angelegt sind, wie z.B. in der Schweiz.

Dass andererseits die Notenbanken in ihren geldpolitischen Entscheidungen von den Regierungen nicht beeinflusst werden können, ähnlich wie bei der Gerichtsbarkeit, hat seine geschichtlich begründeten Ursachen. Denn die meisten Inflationen von Währungen oder sogar ihre Zusammenbrüche wurden durch politische Eingriffe in die Geldpolitik der Notenbanken ausgelöst, und das wäre auch heute wohl der Fall. Man stelle sich nur einmal vor was geschehen würde, wenn die Finanzminister angesichts der heutigen Etat-Kalamitäten einen Zugriff auf die Notenpresse hätten!

### **Mit welchen Begründungen aber werden die heutigen Notenbanken trotzdem immer wieder kritisiert und ihre Ablösung durch Institutionen gefordert, die dem Staat direkt unterstehen?**

„Ein staatliches Währungsamt wird eine Geldpolitik verfolgen die sich an den Zielen der Politik orientiert!“ Bei dieser Begründung erhofft man sich also, dass die Ziele der Regierungen einfacher umzusetzen sind, wenn sie über die Veränderungen der Geldmenge oder wenigstens der Zinssätze die Vorgänge in der Wirtschaft direkt beeinflussen können. Ebenfalls halten manche Geldreformer, die für die Einführung einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes plädieren, dieses Ziel dann für leichter durchsetzbar.

Denn die heutigen Umlaufsicherungsmittel, Zins und Inflation, erfüllen diese Aufgabe nur bei einer bestimmten Mindesthöhe! Sinken sie auf drei oder sogar zwei Prozent ab, dann lässt ihre den Geldumlauf sichernde Wirkung nach, womit deflationäre Tendenzen Überhand gewinnen können. Sind die Zins- und Inflationssätze aber hoch genug zur Sicherung des Umlaufs, dann erzeugen sie die eingangs aufgeführten Problemketten. Die Voraussetzung für die Einführung einer solchen konstruktiven Umlaufsicherung, deren Vorteile schon vor hundert Jahren von Silvio Gesell herausgearbeitet und später auch von Maynard Keynes erkannt und vertreten worden sind,

ist jedoch, dass die Politik und Wissenschaft die Notwendigkeit einer solchen Korrektur unseres Geldsystems begreifen.

Dafür ist wieder Voraussetzung, dass das Thema Geldreform und die damit erforderlichen Umsetzungen von einer ausreichenden Minderheit in der Bevölkerung erkannt und auf politischer Ebene vertreten wird. Wird das aber erreicht, dann ist eine praktische Umsetzung durch Veränderungen der Gesetze einer Notenbank ebenso möglich wie bei einem staatlichen Währungsamt.

### **„Mit der Ausgabe des Geldes über ein Währungsamt kommt das Geld zinsfrei in den Umlauf!“**

Mit diesem Hinweis auf die Zinsen, die heute von den Notenbanken für die Ausgabe des Geldes über Banken eingezogen werden, wird besonders häufig argumentiert. Dabei ist man der Ansicht, dass diese von den Notenbanken geforderten Zinsen maßgebend sind für die gesamte Zinsproblematik und dass diese mit der Einrichtung eines Währungsamtes, welches das Geld zinsfrei in die Wirtschaft gibt, verschwinden würde. Dabei ist eine zinsfreie Emission des Geldes auch heute schon den Notenbanken möglich und wird von ihnen über die so genannten Offenmarktgeschäfte auch mehr oder weniger wahrgenommen. Selbst die Deutsche Bundesbank hat z.B. in den 1970er und 1980er Jahren das in der Wirtschaft erforderliche Geld fast ausschließlich über den Kauf von Gold, Devisen und Wertpapieren in Umlauf gebracht und die mit Zinsen verbundene leihweise Geldausgabe über Banken auf ein Minimum herunter gefahren. Doch so wenig wie damals der Zins aus der Wirtschaft verschwunden ist, so wenig wäre das der Fall, wenn morgen ein staatliches Währungsamt das Geld zinsfrei in die Wirtschaft geben würde. Denn damit würde ja der Liquiditätsvorteil der Geldes nicht verschwinden, den sich der Sparer beim Verleihen seines Geldes mit Zinsen honorieren lässt, gleichgültig ob in einem direkten Privatgeschäft oder über eine Bank.

### **„Das staatliche Währungsamt könnte das Geld direkt an den Staat vergeben bzw. sogar an die Bürger verteilen!“**

Auch das wäre theoretisch bei beiden Institutionen möglich, wenn es denn sinnvoll sein sollte. Dabei könnte das bei der Geldausgabe über den Staat durchaus der Fall sein, da der Staat, bei entsprechender Veränderung der Gesetzeslage, zu einer sofortigen Ausgabe des zusätzlichen Geldes verpflichtet werden könnte, wie auch umgekehrt zu einer Geld-Rückgabe, wenn steigende Preise die Notwendigkeit einer Mengenreduzierung signalisieren. Auf diese Weise könnte sogar die Preisstabilität und damit auch die Konjunktur besser beeinflusst werden als über den heutigen Umweg über die Banken. Denn selbst wenn hier das Mehrgeld durch Bargeldnachfrage am Bankschalter in den Umlauf kommt, ist sein aktiver Einsatz nicht gewährleistet. Das zeigt sich vor allem an der Nachfrage großer Scheine, die in Niedrigzinsphasen verstärkt in Geldhortungen fließen. Der zweite Weg, neues Geld direkt an die Bürger auszugeben, erscheint zwar sehr demokratisch, wäre allerdings nur praktikabel, wenn diese Ausgabe nur einmal im Jahr erfolgen würde. In Wirklichkeit macht jedoch die Steuerung einer kaufkraftstabilen Währung dauernde korri- » » »

gierende Eingriffe in die umlaufende Geldmenge erforderlich, deren Höhe jeweils vielleicht nur bei einigen hundert Millionen oder wenigen Milliarden Euro liegt. Aufgeteilt auf 82 Millionen Bürger, würde aber selbst eine Korrektur von einer Milliarde Euro nur einen Betrag von 12 Euro ergeben.

Doch selbst bei einem höheren Pro-Kopf-Betrag würde eine solche Verteilung nicht nur einen riesigen Aufwand erfordern, sondern es wäre auch nicht gesichert, dass dieses geschenkte Mehrgeld von den Empfängern auch ausgegeben und damit in der Wirtschaft kaufkraftaktiv wirksam wird! Noch problematischer als eine Pro-Kopf-Ausgabe kleiner Geldbeträge an die Bürger wäre jedoch eine Einziehung ähnlicher Beträge, falls eine Reduzierung der Geldmenge notwendig würde!

### **„Die Volkswirtschaft würde nicht mehr mit Notenbankzinsen belastet!“**

Das trifft bei der vorbeschriebenen zinsfreien Geldausgabe an den Staat bzw. die Bürger zweifellos zu. Vergleicht man jedoch die Größenordnungen um die es dabei geht, dann lagen die von den Banken an die Bundesbank zu zahlenden Zinsen z.B. im Jahr 2000 bei 4,5 Milliarden Euro, die von den Kreditnehmern an die Banken gezahlten Zinsen dagegen bei 370 Milliarden! Die an die Notenbanken zu zahlenden Zinsen sind also relativ unbedeutend. Außerdem sind beide Zinsposten auch von der Sache her nicht vergleichbar. Denn die von der Wirtschaft an die Banken zu zahlenden Zinsen fließen an die Sparer und Geldgeber und damit überwiegend in die Taschen einer privaten Minderheit, die auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit immer reicher wird.

Die an die Bundesbank gezahlten Zinsen dienen dagegen der Finanzierung dieser Einrichtung und alle darüber hinaus gehenden erwirtschafteten Überschüsse fließen an den Bundesfinanzminister, d. h., sie kommen wieder allen Bürgern zugute. Was die an die Notenbanken zu zahlenden Zinsen noch unbedeutender macht ist der Tatbestand, dass seit Einführung des Euro die Mindestreserven als Guthaben behandelt und von den Notenbanken verzinst werden, wodurch sich die oben genannten 4,5 Mrd. netto auf etwa 3,5 Mrd. verringern. Diese Regelung wurde eingeführt, um die Banken im Euro-Raum gegenüber Banken im internationalen Raum, die

keinen Mindestreserve-Haltungen unterliegen, nicht mehr zu benachteiligen.

Wenn heute die Eurobanken den Ausgabeweg des Geldes über die Banken gegenüber jenem über Offenmarktgeschäfte bevorzugen, dann vor allem wegen der Möglichkeit, über die damit verbundenen Zinsbeeinflussungen den Markt gewissermaßen abtasten bzw. kontrollieren und damit Impulse oder Signale an die Wirtschaft geben zu können. Das vor allem bei Inflationserwartungen bzw. -entwicklungen oder einsetzenden Deflationsgefahren.

### **Resümee:**

Die Frage, „Notenbank oder Währungsamt“, war zu Zeiten Gessells sicher gerechtfertigt, vor allem im Hinblick auf die an Profitinteressen orientierte Organisationsform der Notenbanken als private Aktiengesellschaften. In unseren Tagen scheint sie mir sachlich weitgehend überflüssig zu sein, da wir mit der Deutschen Bundesbank bereits seit mehr als 50 Jahren eine solche unabhängige Institution zur Versorgung der Wirtschaft mit Geld haben. Eine Korrektur der Notenbankgesetze dahingehend, dass der bereits vorhandene Annahmewang des gesetzlichen Zahlungsmittels durch einen Weitergabewang in Form einer Umlaufsicherung ergänzt wird, wäre allerdings höchst wünschenswert.

Denn dann könnte die das Geld ausgebende Institution die Geldmenge direkt über den Preisindex steuern, ohne den fragwürdigen Umweg über die Beeinflussungen der Zinsen. Und würde die Notenbank auch die Ausgabe und Betreuung des Giralgeldes übernehmen, ähnlich wie vor hundert Jahren die Ausgabe der Banknoten, würden nicht nur die Diskussionen über die Rolle oder Doppelnutzung des Giralgeldes und dessen Schöpfung beigelegt, sondern auch eine klare Trennung zwischen der Notenbank- und Bankentätigkeit erreicht. Die Geldzinsentwicklungen wären damit allein Sache des Marktes, wie die Geldmengenentwicklungen allein Sache der Notenbanken. Auch wenn sie diesen Namen behalten, brauchten sie sich bei ihren Geldmengenkorrekturen nur noch an der Preisentwicklung zu orientieren und würden damit gewissermaßen von alleine zu dem, was Silvio Gesell mit seinem Begriff Währungsamt gemeint haben dürfte.

« « «